

PHILIPPINEN

NACHRICHTEN

Marcosunterstützt Aquino – Rückkehr möglich?

Der geflüchtete Diktator Marcos hat in einer Erklärung vom 1. März die Regierung Aquino de facto anerkannt, wegen ihrer Erfolge gelobt und ihr seine Unterstützung nach einer eventuellen Erlaubnis zur Rückkehr angeboten. In der von "Radio Veritas" verlesenen Erklärung heißt es: "Ich begrüße die aufrichtigen und ehrlichen Bemühungen der gegenwärtigen philippinischen Regierung, allen politischen Gruppen die Möglichkeit zu geben, sich in einer einheitlichen politischen Struktur zusammenzuschließen, um die zivile Regierung und die Streitkräfte dabei zu unterstützen, die Krise des Aufstandes und des wirtschaftlichen Zusammenbruchs ohne Blutvergießen und Gewalt zu lösen. Wir müssen die Leistung der jetzigen Regierung anerkennen, dies so lange überstanden zu haben, da viele Länder – insbesondere jene, die zur Dritten Welt gehören – in massive Schwierigkeiten geraten und untergegangen sind. Dazu müssen wir der Regierung Aquino offen und herzlich gratulieren. Selbst meine Nachfolger, die um ihren Rat gefragt wurden, waren der Meinung, daß wir im gleichen Ton auf das schöpferische Leid (wie gehört) der jetzigen Regierung reagieren müssen. Wir sind bereit, unsere Vertreter zu ernennen, die Details und Voraussetzungen aushandeln sollen, unter welchen meine Familie und ich auf die Philippinen zurückkehren werden, um das Land vor der blutigen Machtübernahme durch kommunistische Aufständische zu retten."

vgl. MDA v. 2.3. 1988, S.7

US-Basen für Verteidigung unwichtig

Der philippinische Außenminister Raul Manglapus hat nach der Gründung des Verhandlungskomitees mit den USA über die Zukunft der Militärstützpunkte erklärt, die US-Basen seien nicht wichtig für die Verteidigung der Philippinen, wohl aber als Quelle finanzieller Hilfe durch die USA. Verteidigungsminister Ramos habe auf der geheimen Komiteesitzung die Nützlichkeit amerikanischer Ausrüstungshilfe betont, aber keine schwerwiegenden Argumente für die Beibehaltung der US-Basen vorgebracht. Für die Nutzung der Stützpunkte zwischen 1989 und 1991 fordert eine Gruppe von fünfzig Kongreßabgeordneten von den USA die Zahlung eines Kompensationspaketes von 1,2 Milliarden US-Dollar.

vgl. MDA v. 18.2. 1988, S.6

Die Philippinen müssen Zucker importieren

Die Philippinen müssen 1988 etwa 100.000 Tonnen Zucker zur Deckung des Eigenbedarfs importieren. 25.000 Tonnen wurden bereits eingeführt. Bislang war Zucker einer der wichtigsten Exportartikel des Landes, der in der Regel bis zu 20% der Exporteinkünfte erbracht hat. Lediglich 1983/84 in der Endphase der Marcos-Diktatur hatten schon einmal über 200.000 Tonnen wegen der Mißwirtschaft der inzwischen aufgelösten "National Sugar Trading Corp." importiert werden müssen. Als Gründe werden das schlechte Wetter (Trockenheit und Taifune) und die Haltung vieler Großgrundbesitzer, aus Protest gegen die Landreform-Pläne keinen oder nur wenig Zucker anzubauen, von der Regierung genannt. Andere sehen darin den Beweis eines weiteren Niedergangs der philippinischen Zuckerwirtschaft, der auch durch die Aquino-Regierung nicht aufgehalten werden konnte, da die Weltmarktpreise tief unter den Produktionskosten auf den Philippinen liegen. Während ein Pfund Zucker noch Mitte der siebziger Jahre etwa 30 US-Cent brachte, liegt der Preis jetzt bei 3 Cent, die philippinischen Produktionskosten aber bei etwa 12 Cent. Auch Prognosen, daß die Preise bis 1989 wieder auf rund 9 Cent steigen werden, bieten da wenig Investitions- und Produktionsanreize.

vgl. FEER v. 28.1. 1988, S.62

MNLF beantragt Aufnahme in die Islamische Weltkonferenz

Die Moro National Liberation Front (MNLF) hat jetzt offiziell die Aufnahme in die Islamische Weltkonferenz beantragt, der 47 Staaten angehören, darunter als einzige Befreiungsorganisation die PLO. Die Aufnahme würde automatisch eine diplomatische Anerkennung Mindanaos als selbstständigen Staat durch diese Länder nach sich ziehen und vermutlich auch eine massive materielle Unterstützung der Sesszone bedeuten. Der Antrag soll am 18. März (nach Redaktionsschluß) auf einer Vollversammlung der Konferenz in Jordanien diskutiert werden. Libyen, Algerien und Syrien wollen ihn unterstützen, das einflußreiche Saudi-Arabien sowie Senegal und Somalia, die neben Libyen zum Komitee gehören, daß mit dem Moro-Problem innerhalb der Islamischen Weltkonferenz federführend befaßt ist, sind noch unentschieden. Die philip-

pinische Regierung hat Parlamentspräsident Mitra nach Saudi-Arabien geschickt, um einer Zustimmung entgegenzuwirken. Eine offene Staatsgründung durch die MNLF mit breiter internationaler Unterstützung würde dem Krieg auf Mindanao eine neue Dimension geben und würde die Regierung Aquino politisch schwer erschüttern.

vgl. FEER v. 18.2. 1988, S.30 f.; Feer v. 3.3. 1988, S.10; Suara Mindanao, Vol.1, No.3, S.10

Kardinal Sin unterstützt Vigilantes

Anläßlich des zweiten Jahrestages der "Februarrevolution" hat Kardinal Sin in einem Hirtenbrief erklärt, im Kampf gegen die Kommunisten sei das "Militär auf dem besten Weg eine korrekte Strategie zu entwickeln und durchzuführen". Trotzdem sei im Rahmen des "Aufstandproblems" die Anwendung von Gewalt durch "Bürger" und "Freiwillige Selbstverteidigungs-Gruppen", also durch jene Verbände, die in der Umgangssprache kurz "Vigilantes" genannt werden, gerechtfertigt.

vgl. FEER v. 3.3. 1988, S.10

Führende Offiziere wegen Olalia-Mord verhaftet

Drei führende Offiziere der sogenannten Reformbewegung der Streitkräfte (RAM), die das Rückgrat der Militärrevolte gegen Marcos stellte, Captain Rex Robles, Oberstleutnant Eduardo "Red" Kapunan und Commander Elpidio Layson, sind zusammen mit anderen Offizieren als vermutliche Komplizen des Mordes an Rolando Olalia, des Vorsitzenden des Gewerkschaftsverbandes KMU und der Partido ng Bayan am unter Militärarrest gestellt worden.

vgl. FEER v. 3.3. 1988, S.10

Bangemann in Manila

Bundeswirtschaftsminister Bangemann hat zwischen dem 17. und 19. Februar 1988 die Philippinen besucht. In einem Gespräch mit Präsidentin Aquino hat er das bundesdeutsche Interesse an zusätzlichen Investitionen im Fernmeldewesen (Telekommunikationsprojekte der philippinischen Telefongesellschaft PLDT) sowie in der Möbel- und Textilindustrie bekundet und ihrer Regierung generell weitere Unterstützung zugesagt.

vgl. MDA v. 19.2. 1988, S.1f.

Kritik an Entwicklungszusammenarbeit BRD-Philippinen

Der Abgeordnete Ludger Volmer hat für die Grünen im Bundestag kritische Fragen zur Entwicklungszusammenarbeit mit den Philippinen an die Bundesregierung gerichtet. Darin nimmt er u.a. den Vorwurf der philippinischen Planungsministerin auf, daß bundesdeutsche Industrielobby-Vertreter erheblichen Druck auf ihre Behörde ausüben würden, um über einen Finanzantrag an das BMZ die Finanzierung für ein Telekommunikationsprojekt der philippinischen Telefongesellschaft PLDT zu erhalten. Die Einzelantwort der Bundesregierung ist symptomatisch für den nur noch als zynisch zu bezeichnenden Ton der Gesamtbeantwortung der Kleinen Anfrage. Da heißt es lapidar: "Es ist nicht Sache der Bundesregierung, Bemühungen der deutschen Industrie zur Gewöhnung von Lieferaufträgen zu bewerten." Angesichts des aktiven Einsatzes von Minister Bangemann bei Präsidentin Aquino u.a. für eben diesen Auftrag (siehe Nachricht in diesem Teil) grenzt die Antwort an offenes Belügen des Parlamentes.

Zum Besuch philippinischer Generalstabsoffiziere auf Einladung der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) bei der Bundeswehr erklärt die Bundesregierung, daß es nur darum ging, "die philippinischen Offiziere mit der Stellung der Bundeswehr in einem demokratischen Verfassungsstaat bekannt zu machen." Kontakte zu Polizeieinrichtungen habe es nicht gegeben. Über weitere Besuchspläne von Militär- und Polizeioffizieren im Rahmen eines Programms der KAS ist der Regierung deshalb nichts bekannt, weil die KAS "bisher keine Anträge an das BMZ gestellt" hat. Eine direkte Bedrohung bundesdeutscher Entwicklungsprojekte und der damit verbundenen Menschen durch den Terror der Vigilantegruppen sieht die Regierung u.a. deshalb nicht, weil ihr der Bericht der Untersuchungskommission des ehemaligen amerikanischen Justizministers Ramsey Clark "lediglich durch die Berichterstattung in der deutschen Presse bekannt" ist. Darüberhinaus hat sie in Manila ihre Besorgnis in Gesprächen zum Ausdruck gebracht. Aber: "Unmittelbar sichtbare Ergebnisse können aus derartigen Gesprächen, die Teil eines langfristig angelegten Politikdialogs sind, nicht abgeleitet werden."

vgl. BT-Drucksache 11/1691, S.1-6